



5. Fastensonntag C: 28. März 2004
Joh 8,1-11

„Gemeinschaft der Sünder“

Prinzip Gemeinwohl: Weil niemand ohne Sünde ist

Einführung

Sünde trennt: von Gott, von den anderen, von mir selbst. Aber sie verbindet auch: weil niemand ohne Sünde ist. Und so bindet das an sich Trennende den einzelnen Menschen zugleich untrennbar ein in eine Gemeinschaft, die ihm die Erlangung und Erfüllung seines eigentlichen Zieles erst ermöglicht und erleichtert: ein Mensch zu werden, wie er/sie von Gott gewollt ist.

Predigt

Die Idee des modernen Rechtsstaates beruht letztlich auf einer urbiblischen bzw. urchristlichen Einsicht und Erfahrung, die auch Gegenstand unseres Evangeliums ist: dass nämlich kein Mensch von Natur aus gut, *jeder* Mensch vielmehr ein Sünder sei. Das steht im Widerspruch zum gängigen Menschenbild von Humanismus und Aufklärung, die gemeinhin als Ursprung der modernen Rechtsstaatsidee gelten. Das Christentum behauptet dagegen unbeirrt: Keinem Menschen ist voll und uneingeschränkt zu trauen. Kein Mensch ist frei vom Versuch, das eigene Leben, d.h. die eigenen Interessen *über* jene seiner Mitmenschen zu stellen und u.U. auch *gegen* diese durchzusetzen bzw. *auf deren Kosten* auszuleben. Kein Mensch ist frei von der Versuchung, sich selbst unkritisch ins Recht und dabei andere ins Unrecht zu setzen. Lüge, Untreue, Rechtsbeugung und Gewalt aus egoistischen Motiven sind allgegenwärtig – und sei es nur in Form allgemein geduldeter „Kavaliersdelikte“.

Niemand unter uns ist ganz gut; niemandem unter uns ist ganz zu trauen; niemand unter uns ist ganz frei von Egoismus. – Wie aber schaffen wir es dann trotzdem, uns zu begegnen, ohne gleich übereinander herzufallen, weil Angriff ja doch immer noch die

beste Verteidigung ist? Wie schaffen wir es trotzdem, einigermaßen zivilisiert miteinander umzugehen, immer darauf vertrauend, dass unser Gegenüber sich ebenso an die üblichen Regeln von Recht und Anstand hält? Mit welchem Recht gestehen wir es den Stärkeren dagegen nicht einfach zu, sich gegen andere durchzusetzen? Und weshalb versuchen wir selbst nicht einfach ohne Rücksicht auf Verluste, in diesem Konkurrenzkampf halt irgendwie Oberwasser zu behalten auf Kosten Schwächerer? – Gibt es vielleicht doch ein höheres Gut, dem wir die Durchsetzung eigener Interessen um jeden Preis hintanstellen?

Die Soziallehre der Kirche beantwortet diese Frage mit der Rede vom *Gemeinwohl* als einem Grundprinzip für das funktionierende menschliche Zusammenleben. Dieses christliche *Gemeinwohl-Prinzip* lässt sich etwa auf folgende Kurzformel bringen: „Das größtmögliche Glück für die größtmögliche Zahl“, und es sucht damit so etwas wie einen Kompromiss zwischen der rücksichtslosen Verabsolutierung individuellen Glücksstrebens auf Kosten anderer und der totalen Unterordnung dieses Glücksstrebens unter ein kollektiv verordnetes Lebens- und Gesellschaftsmuster.

Obwohl das Christentum sozusagen um die Gefährlichkeit und Korrumpierbarkeit des einzelnen Menschen weiß, sichert und gesteht es dem Einzelnen eine größtmögliche Freiheit zu. *Weil* es um die sündige Natur des Menschen weiß, versucht es zugleich, diese zu bändigen, indem es Freiheit und Recht auf Glück allen in gleichem Maße zubilligt, also auch den Schwächeren und Benachteiligten.

Um das aber sicher zu stellen – größtmögliche Freiheit und das Recht auf Glück und Lebensentfaltung für möglichst alle – braucht es Rahmenbedingungen, gemeinsame Spielregeln und Ordnungsmächte. Es braucht eine unabhängige Kontrolle dieser Ordnungsmächte, weil ja auch diese Ordnung wieder von Menschen organisiert wird, die selbst nicht frei von Sünde sind. Worauf das hinausläuft: Am vorläufigen Ende der Entwicklung zu einem gedeihlichen gesellschaftlichen Miteinander, das dem christlichen Gemeinwohlprinzip entspricht, steht unsere heutige Auffassung vom modernen demokratischen Rechtsstaat mit der für ihn typischen Teilung und gegenseitigen Kontrolle der politischen Gewalten.

Die Soziallehre der Kirche sieht darin die Grundaufgabe des Staates: das Gemeinwohl zu verfolgen. So sagt das Zweite Vatikanische Konzil:

„Die politische Gemeinschaft besteht um dieses Gemeinwohls willen [...]. Das Gemeinwohl aber begreift in sich die Summe all jener Bedingungen

gesellschaftlichen Lebens, die den einzelnen, den Familien und gesellschaftlichen Gruppen ihre eigene Vervollkommenung voller und ungehinderter zu erreichen gestattet.“ (Gaudium et spes, 74)

Das Ökumenische Sozialwort der Kirchen in Österreich, das vor wenigen Monaten erschienen ist, betont, dass politische Anstrengungen das Gemeinwohl – vor allem gegen egoistische Interessen von einzelnen und von bestimmten Gruppen – zu verfolgen haben:

„Entscheidungen in Gesellschaft, Politik und Öffentlichkeit sind vor allem die Auswirkungen auf zwischenmenschliche Beziehungen und sozialen Zusammenhalt zugrunde zu legen, anstatt sie vorrangig nach Einzelinteressen auszurichten.“
(Sozialwort, 90)

Das Beharren auf Einzelinteressen und Vorteilen für wenige auf Kosten vieler erkennt die Kirche als Sünde. Gerade wenn diese Privilegien auch durch eine entsprechende Politik durchgesetzt und ermöglicht werden, braucht es Demokratie. Demokratie besteht von ihrem Wesen her auch darin, den jeweiligen Machthabern zu misstrauen und Opposition gegen sie zu organisieren. Denn menschliche Macht korrumpiert allzu gerne, und die Vorteile der Reichen werden viel eher durchgesetzt als wirkliche Gerechtigkeit.

Es ist paradox: Obwohl es das Wesen der Sünde ist zu trennen – nämlich von Gott, von den Mitmenschen und von mir selber, hat die Sünde auch etwas Verbindendes. Weil niemand ohne Sünde ist, bindet das an sich Trennende den einzelnen Menschen zugleich untrennbar ein in eine Gemeinschaft – eine Gemeinschaft von Sündern, die zugleich eine überlebensnotwendige Schutz- und Rechtsgemeinschaft ist: weil sonst alle voreinander Angst haben und unaufhörlich bangen müssten um die Erlangung von Glück und um die Erfüllung ihres eigentlichen Zieles: gemeinsam Menschen zu werden, wie sie von Gott gewollt sind. Amen.

Autor:

**Dr. Markus Schlagnitweit, Hochschuleseelsorger
und Geistl. Assistent der Kath. Aktion Oberösterreich**

Weitere Sozialpredigten unter: www.dioezese-linz.at/soziales
e-mail: sozialreferat@dioezese-linz.at

Aus den sozialen Lehrschreiben der Päpste:

- Die politische Gemeinschaft besteht also um dieses Gemeinwohls willen; in ihm hat sie ihre letztgültige Rechtfertigung und ihren Sinn, aus ihm leitet sie ihr ursprüngliches Eigenrecht ab. Das Gemeinwohl aber begreift in sich die Summe all jener Bedingungen gesellschaftlichen Lebens, die den einzelnen, den Familien und gesellschaftlichen Gruppen ihre eigene Vervollkommenung voller und ungehinderter zu erreichen gestatten. [Gaudium et spes, 74]
- Die Existenzberechtigung aller öffentlichen Gewalt ruht in der Verwirklichung des Gemeinwohls ... [Johannes XXIII., Pacem in terris, 54]
- Auf keinen Fall darf zugelassen werden, dass die Staatsgewalt dem Vorteil eines einzelnen oder nur wenigen diene, während sie doch für das Wohl aller eingesetzt ist. [Leo XIII., Immortale Die]

Aus dem Sozialwort des Ökumenischen Rates der Kirchen in Österreich:

- Gesellschaft und Staat sind verpflichtet, den Menschenrechten und der Menschenwürde entsprechend, die Lebensrealität aller und jedes Einzelnen anzuerkennen und zu respektieren. [85]
- Entscheidungen in Gesellschaft, Politik und Öffentlichkeit sind vor allem die Auswirkungen auf zwischenmenschliche Beziehungen und sozialen Zusammenhalt zugrunde zu legen, anstatt sie vorrangig nach Einzelinteressen auszurichten. [90]
- Damit das Zusammenspiel von Marktwirtschaft, Wohlfahrtsstaat und Demokratie auf das vorgegebene Ziel von „Lebensqualität für alle“ ausgerichtet bleibt, braucht es politische Beteiligung und allgemeinen Zugang zu Gesundheitsversorgung, sozialen Diensten und zu Bildung. Nur so kann Ausgrenzung vermieden und der soziale Zusammenhalt gestärkt werden. [140]
- Die der Tradition der Sozialbewegungen entstammenden Leitideen von Solidarität, Subsidiarität und Gemeinwohl müssen die Gesetzgebung bestimmen und in der konkreten Politik der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten umgesetzt werden. [155]
- Die Kirchen treten ein für eine den heutigen Herausforderungen entsprechende Weiterentwicklung des Sozialstaates und deshalb für eine breite Diskussion aller gesellschaftlichen Kräfte darüber, wie eine grundlegende sozialpolitische Absicherung für alle eingerichtet werden kann. [225]
- Die Kirchen treten ein für einen aktiven Sozialstaat, der unersetzlich ist, um sozialen Risiken wie Verarmung und Ausgrenzung entgegenzuwirken. [230]
- Die Kirchen setzen sich ein für eine Sozialverträglichkeitsprüfung, um die Folgewirkungen von Gesetzen auf die verschiedenen sozialen Gruppen der Gesellschaft, und insbesondere auf Frauen und Familien abzuschätzen. [231]
- Die Kirchen fordern die Sicherstellung des Zugangs zu Grundversorgungsgütern wie Wasser, Energie und öffentlichem Verkehr und zu öffentlichen Gütern wie Bildung und Gesundheit für alle. [235]

Vorschläge für Fürbitten:

Barmherziger Gott, Du kennst die Menschen und weißt um unsere korrumpierbare Natur. Du bist es aber, der selbst aus der Sünde das Gute neu schaffen kann.

Wir bitten Dich:

- Um Gerechtigkeit in unserer Gesellschaft: dass wir uns nicht selbst bereichern auf Kosten anderer, dass wir zu teilen bereit sind und den Armen und Schwachen, den Arbeitslosen, Obdachlosen, MigrantInnen, Alleinerziehenden und in Schwierigkeiten Geratenen mehr zugestehen.
- Um eine gerechte Politik: dass nicht die Vorteile der Reichen organisiert und durchgesetzt werden, sondern soziale Gerechtigkeit, Unterstützung der Schwachen und eine gerechte Verteilung der Güter.
- Um Freiheit, Demokratie und eine von Weisheit getragene Entfaltung unserer Gesellschaft: dass wir nicht billigen Parolen nachlaufen, sondern mutig gegen Unrecht unsere Stimme erheben, um Achtung und Respekt vor der anderen Meinung, und um engagiertes Eintreten gegen eine Wirtschaftsweise und Politik der Reichen.
- Um Demut und Barmherzigkeit: dass wir unsere eigene Korruption erkennen und Nachsicht mit unseren Mitmenschen haben, um ein Klima des Verzeihens und der Umkehr, um die Erkenntnis, dass alle Menschen immer auch irren und Erbarmen und Umkehr nötig haben.